

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Harald Schneider SPD**
vom 02.05.2012

Rechtsextreme Ökologie-Bewegung in Bayern

Rechtsextreme besetzen immer mehr Themen, die mittlerweile in der breiten Bevölkerung fest verankert sind. Dazu gehören u. a. ökologische Fragen, wie Tier-, Natur- und Umweltschutz. Auf diese Weise wollen sie gesellschaftsfähig erscheinen und zugleich ihre rechtsextreme Ideologie verbreiten.

Ich frage daher die Staatsregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über Aktivitäten der rechtsextremistischen Ökologieszene in Bayern, die laut Medienberichten (Spiegel Online, 03.04.2012, „Braune Biokameradschaft“; SZ, 13.04.2012 „Idylle in Grün-Braun“) hier einen Schwerpunkt hat? Welches Personenpotenzial umfasst diese und wie verteilen sie sich auf die Regierungsbezirke? Welche Verbindung unterhält diese Szene zur NPD und anderen rechtsextremen Vereinigungen?
2. Welche Rolle spielen die Verantwortlichen des in Traunstein registrierten Vereins Midgard e.V., der auch das rechtsextreme Öko-Magazin Umwelt & Aktiv herausgibt?
3. Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung bisher ergriffen, um insbesondere die in der Nähe von rechtsextremen Biobauernhöfen ansässige Bevölkerung auf deren rechtsextreme Propaganda hinzuweisen?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, um Organisationen, wie z. B. Ökolandbauverbände, denen nicht bekannt ist, mit wem sie es zu tun haben, vor einer Instrumentalisierung durch rechtsextreme Biobauern zu schützen?
5. Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über Siedlungsbestrebungen rechtsextremer Biobauern in Bayern, wie es diese z. B. in Mecklenburg-Vorpommern gibt (SZ, 13.04.2012)?

Antwort

des **Staatsministeriums des Innern**
vom 06.06.2012

Zu 1.:

Über die von der Schriftlichen Anfrage erfasste Thematik wird seit einigen Monaten in der Presse berichtet. Neben den in der Fragestellung genannten Artikeln existieren hierzu verschiedene Broschüren und Bücher. Zu nennen sind beispielsweise die Broschüren „Naturschutz gegen Rechtsextremismus“ der Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz sowie „Braune Ökologen – Hintergründe und Strukturen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern“ der Heinrich-Böll-Stiftung.

Rechtsextremisten setzen seit geraumer Zeit vermehrt auf gesellschaftspolitische Themen; hierzu zählen auch der Umwelt- und Naturschutz. Das Parteiprogramm der NPD beispielsweise enthält die Forderung:

„Deutsche Landschaften sind Kulturlandschaften. Deshalb kann Umweltschutz grundsätzlich nicht getrennt von der kulturellen Entwicklung gesehen werden.“

Für den Landesverband Bayern der NPD ist „eine intakte Natur Grundlage unserer Zukunft“. Vor dem Hintergrund dieser Grundhaltung setzt sich die NPD für gentechnikfreie Lebensmittel ein und fordert einen Tier- und Pflanzenschutz. Sowohl im sächsischen als auch im mecklenburg-vorpommerschen Landtag stellen die NPD-Fraktionen regelmäßig Anträge zu diesen Themen.

In Bayern hat sich innerhalb der Szene der rechtsextremistische Umweltverein „Midgard e.V.“ mit seiner Publikation „Umwelt & Aktiv“ etabliert. Der Vorstand des Vereins setzt sich überwiegend aus (ehemaligen) Aktivisten der NPD zusammen. Der Vorsitzende führte in der Vergangenheit den NPD-Bezirksverband Niederbayern und trat bei den Landtags- und Bezirkstagswahlen im Jahr 2008 als Kandidat der NPD an.

Das Magazin „Umwelt & Aktiv“ befasst sich überwiegend mit den Themen Umwelt-, Tier- und Heimatschutz. Im Rahmen der Berichterstattungen werden aber auch immer wieder die typischen rechtsextremistischen Argumentationsmuster wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Diffamierung des politischen Systems oder die Forderung nach einer Volksgemeinschaft verwendet. Beispielsweise wird ein Artikel über das Schächten von Tieren zum Anlass genommen, um auf diese Weise gegen Muslime zu hetzen. Zum Teil werden Artikel von Rechtsextremisten verfasst.

Darüber hinaus wirbt das Magazin in sowie für andere Publikationen der rechtsextremistischen Szene.

Erkenntnisse, dass die rechtsextremistische Ökologieszene in Bayern einen Schwerpunkt hat, sowie konkrete Zahlen über das Personenpotenzial und seine Verteilung auf die Regierungsbezirke liegen nicht vor.

Zu 2.:

Der in der Fragestellung genannte Verein wurde Ende 2006 gegründet und hat seinen Sitz in Landshut; er ist Beobachtungsobjekt des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, da sich insbesondere der Vorstand überwiegend aus Rechtsextremisten zusammensetzt, die zum Teil auch in der NPD aktiv waren oder noch sind. Laut Satzung verfolgt der Verein als Ziel unter anderem die Förderung des Umweltschutzes.

Hinsichtlich der Rolle des Vereins sowie der vom Verein herausgegebenen Zeitschrift „Umwelt & Aktiv“ wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Zu 3. und 4.:

Die Bayerische Staatsregierung geht seit Jahren konsequent und umfassend gegen rechtsextremistische Aktivitäten vor. Insbesondere das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) und die dort angesiedelte Bayerische Informa-

tionsstelle gegen Extremismus (BIGE) informieren über rechtsextremistische Bestrebungen. So hat das Finanzamt Landshut den im Jahr 2009 gestellten Antrag des Vereins „Midgard e.V.“ auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit aufgrund der beim LfV vorhandenen rechtsextremistischen Erkenntnisse, die dem Finanzamt mitgeteilt wurden, abgelehnt.

Bislang sind keine Erkenntnisse bekannt, dass rechtsextremistische Aktivisten oder beispielsweise der Verein „Midgard e.V.“ versuchen, in Umwelt-, Bauern- oder ähnlichen Verbänden Einfluss zu gewinnen. Unabhängig hiervon wird sich die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) mit den Verbänden in Verbindung setzen, um über die rechtsextremistischen Bestrebungen in diesem Bereich zu informieren.

Zu 5.:

Hierzu liegen der Staatsregierung keine Erkenntnisse vor.